

Blum, Johannes; Dudel, Anna; Krause, Manuela; Potrafke, Niklas

Article

Zur Zukunft des Rentensystems in Deutschland

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Blum, Johannes; Dudel, Anna; Krause, Manuela; Potrafke, Niklas (2018) : Zur Zukunft des Rentensystems in Deutschland, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 71, Iss. 22, pp. 47-53

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/198689>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Johannes Blum, Anna Dudel*, Manuela Krause und Niklas Potrafke

Zur Zukunft des Rentensystems in Deutschland

In der Oktober-Umfrage des Ökonomenpanels wurden Professoren der Volkswirtschaftslehre zur Zukunft des deutschen Rentensystems befragt. Anlass hierzu war die Forderung von Finanzminister Olaf Scholz, das aktuelle Rentenniveau auch über das Jahr 2025 hinaus auf dem aktuellen Niveau zu stabilisieren. Der Großteil der befragten Ökonomen unterstützt diese Forderung nicht und lehnt überdies Scholz' Konzept ab, die Stabilisierung des aktuellen Rentenniveaus bis 2040 mit Hilfe von Steuergeldern zu finanzieren. Die Meinung der Volkswirte spiegelt sich auch darin wider, dass weniger als ein Drittel den aktuellen Trend zu geringerer Teilhabeäquivalenz im deutschen Rentensystem befürwortet. Vielmehr empfehlen die befragten Volkswirte ein späteres Renteneintrittsalter. Zur Altersarmut befragt, betrachten die Teilnehmer diese gegenwärtig nicht als ein größeres gesellschaftliches Problem, in Zukunft allerdings schon. Knapp die Hälfte der befragten Volkswirte spricht sich daher dafür aus, dass neben der Gesetzlichen Rentenversicherung eine zusätzliche private oder betriebliche Altersvorsorge für jeden zur Pflicht wird.

In der Umfrage des Ökonomenpanels von ifo und FAZ im Oktober 2018 wurden Professoren für Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten nach ihrer Meinung zur Rentenpolitik und dem Rentensystem in Deutschland befragt. Insgesamt nahmen 144 Professoren an der Umfrage teil, das entspricht einer Quote von knapp 21%. Im Juni 2016 waren Altersvorsorge und die Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung schon einmal das Thema des Ökonomenpanels. Damals gab eine Mehrheit der Teilnehmer an, dass sie das gegenwärtige Rentensystem als nicht nachhaltig aufgestellt sehen. Zudem sprachen sie sich im Hinblick auf eine langfristige Finanzierung der gesetzlichen Rente insbesondere für ein höheres Renteneintrittsalter aus (vgl. Dorn et al. 2016). Hat sich die Einschätzung der Lage mehr als zwei Jahre später bedeutend geändert? Vor wenigen Wochen war wieder eine lebhaftige Debatte über die Bedeutung und zukünftige Ausrichtung der Rentenpolitik in Deutschland im Gange. Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz (SPD) äußerte sich in diesem Zusammenhang jüngst zur Zukunft der Gesetzlichen Rentenversicherung und spannte hierbei gleichzeitig den Bogen zur Populismusdebatte. So fordert Scholz eine Stabilisierung des aktuellen Rentenniveaus über das Jahr 2025 hinaus, um »einen deutschen Trump« zu verhindern (vgl. Böcking 2018).

Gegenwärtig hat die Große Koalition das Rentenniveau, das das Verhältnis zwischen der Standardrente und dem durchschnittlichen Einkommen aller Sozialversicherten beschreibt, lediglich bis 2025 auf 48% fixiert. Im Jahr 2016 bezog ein deutscher Durchschnittsrentner eine Rente in Höhe von 1 197,25 Euro im Monat – genau 48,1% des Durchschnittsgehalts (vgl. Deutsche Rentenversicherung 2017). Für die Zeit nach 2025 soll eine eingesetzte Rentenkommission (genannt »Verlässlicher Generationenvertrag«) bis März 2020 Vorschläge erarbeiten. Das Jahr 2025 stellt eine durchaus schwierige Hürde dar: Die sogenannten Babyboomer werden dann offiziell beginnen, sich in die Rente zu verabschieden – die Finanzierung von großen Rentenbeträgen steht der Bundesregierung ab diesem Zeitraum also unweigerlich bevor (vgl. Funk 2018). Olaf Scholz fordert nun eine Stabilisierung des Rentenniveaus bis in das Jahr 2040. Finanzieren möchte er die Stabilisierung auf dem heutigen Niveau mit dem Aufbau einer »Demographiereserve«, einem mit Steuergeldern finanzierten Fonds. Der Plan für eine »Demographiereserve Rente« ist auch schon im Bundeshaushalt 2019 vorgesehen. Um alle zukünftigen Rentenverpflichtungen erfüllen zu können, sollen ab 2021 erstmals 2 Mrd. Euro eingezahlt werden, bis insgesamt 8 Mrd. Euro erreicht sind (vgl. Gammel 2018).

Der Scholz'sche Vorstoß trifft durchaus auf Kritik: Nicht nur, dass er damit der Rentenkommission vorausseilt, sondern auch, da der Fahrplan fehlt, wie

* Anna Dudel ist von Oktober bis Dezember 2018 Praktikantin im ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

Abb. 1

Fixierung des Rentenniveaus nach 2025

Würden Sie die Fixierung des Rentenniveaus auf mindestens 48% sowie des Rentenbeitrags auf maximal 20% auch für die Zeit nach 2025 befürworten?



Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2018.

© ifo Institut

er seine hohen Ziele in die Realität umsetzen will (vgl. Forudastan 2018).

Auch Professor Martin Werding von der Ruhr-Universität Bochum, Experte für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen, sieht den Vorschlag von Olaf Scholz kritisch: »Haltelinien beim Rentenniveau lassen sich – mit oder ohne Fixierung des Beitragssatzes – nach 2030 nicht lange durchhalten. Sie jetzt anzukündigen und dann wieder abzuschaffen, leistet dem Populismus weit mehr Vorschub als eine offene Diskussion über tragfähige Reformen.«

Immerhin ist es Scholz mit seinem Vorstoß gelungen, die Rente wieder der öffentlichen Debatte auszusetzen.

Das 20. Ökonomenpanel von ifo und FAZ ging der Frage nach, wie Volkswirte diese neuesten Vorschläge zur zukünftigen Ausrichtung der Rentenpolitik bewerten sowie die Entwicklungen in diesem Bereich im Allgemeinen beurteilen.

BEWERTUNG DER RENTEN-REFORMVORSCHLÄGE VON OLAF SCHOLZ

Zunächst wurden die Ökonomen befragt, ob sie die von Olaf Scholz vorgeschlagene Fixierung des Rentenniveaus auf mindestens 48% sowie die Deckelung des Rentenbeitrages auf maximal 20% auch für die Zeit nach 2025 befürworten würden. Eine deutliche Mehrheit von 61% würde einem entsprechenden Vorschlag der doppelten Haltelinie »überhaupt nicht« bzw. »eher nicht« zustimmen (vgl. Abb. 1). Lediglich 19% der Teilnehmer würden den vorge-

schlagenen Fixierungen beim Rentenniveau und -beitrag »voll und ganz« bzw. »eher« zustimmen, während 14% mit »teils-teils« antworteten.

Im Zuge der Vorstellung der oben genannten Ideen wurde Olaf Scholz mit den Worten »Wenn wir keine Trumps in Deutschland haben wollen, dann müssen wir etwas dafür tun. Stabile Renten sind dafür wahrscheinlich ein Beitrag.« zitiert (vgl. Böcking 2018). Befragt dazu, ob sie dieser Aussage zustimmen, ergibt sich ein recht gemischtes Meinungsbild unter den teilnehmenden Ökonomen (vgl. Abb. 2). 41%

der Teilnehmer stimmen dem Zitat »überhaupt nicht« bzw. »eher nicht« zu, während 31% der Teilnehmer durchaus ihre volle bzw. vornehmliche Zustimmung dazu signalisieren. 23% antworteten mit »teils-teils«.

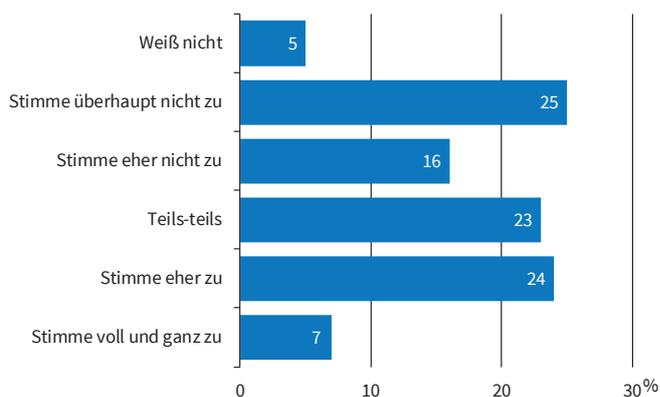
Zur Sicherstellung des aktuellen Rentenniveaus bis 2040 schlägt Olaf Scholz angesichts des demographischen Wandels einen mit Steuergeldern finanzierten Fonds (»Demographiereserve«) vor. Die Mehrheit der Teilnehmer des Ökonomenpanels (57%) bewertet diesen Vorschlag allerdings als nicht sinnvoll (vgl. Abb. 3). Lediglich 21% der Teilnehmer beurteilen die Idee einer Demographiereserve als sinnvoll, während 20% unentschieden sind.

Professor Karl-Heinz Paqué von der Universität Magdeburg, Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung, findet ebenfalls klare Worte gegen die erweiterte Finanzierung der Rente mit Steuergeldern. In einem Gastbeitrag im Handelsblatt schreibt er, dass »[bereits] heute [...] fast 100 Mrd. Euro an steuerfinanzierten Zuschüssen in die Rentenkassen [fließen]. Das

Abb. 2

Relevanz stabiler Renten

Der Spiegel zitiert Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz mit den Worten »Wenn wir keine Trumps in Deutschland haben wollen, dann müssen wir etwas dafür tun. Stabile Renten sind dafür wahrscheinlich ein Beitrag.« **Inwieweit stimmen Sie dieser Aussage zu?**



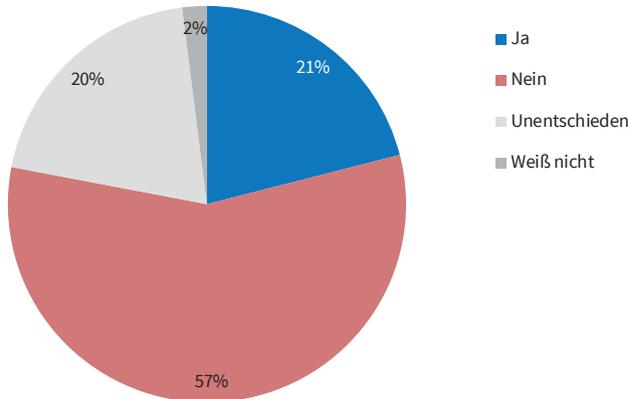
Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2018.

© ifo Institut

Abb. 3

Einführung einer Demographiereserve

Halten Sie den Vorschlag zur Einführung einer Demographiereserve zur Finanzierung der Rente für sinnvoll?



Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2018.

© ifo Institut

sind – je nach Abgrenzung – gut 30% der gesamten Einnahmen des Rentensystems. Damit ist also heute schon die Rente keineswegs mehr rein beitragsfinanziert. Eine weitere drastische Erhöhung dieses Anteils würde den endgültigen Abschied von der Idee des Generationenvertrags bedeuten« (Paqué 2018). Durch den Vorschlag von Scholz sieht Paqué die Rentendiskussion nahe einer endgültigen Weggabelung angekommen, nämlich zwischen der liberalen Idee der Eigenverantwortung und der sozialistischen Vorstellung von der staatlichen Finanzierung durch den Steuerzahler.

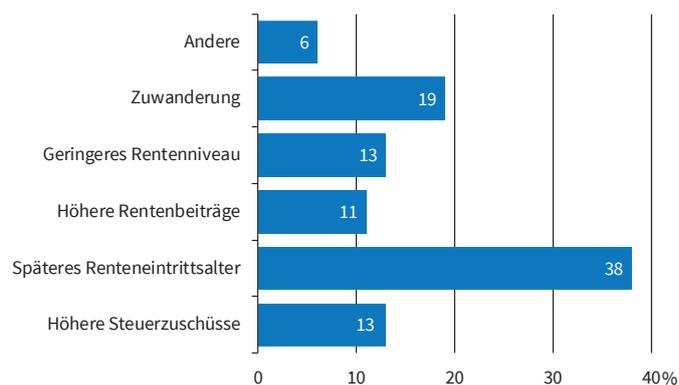
LANGFRISTIGE FINANZIERUNG DER GESETZLICHEN RENTENVERSICHERUNG

Auch unabhängig von den Vorschlägen von Olaf Scholz gibt es eine lebhafte Debatte über die zukünftige Ausrichtung der Rentenpolitik in Deutschland. Ein wichtiger Diskussionspunkt ist dabei häufig die langfristige Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung. Befragt dazu, welche Maßnahmen sie der Politik empfehlen würden, um eine langfristige Finanzierung sicherzustellen, empfiehlt ein Großteil der Teilnehmer des Ökonomenpanels die Einführung eines späteren Renteneintrittsalters (die Teilnehmer konnten dabei mehrere Möglichkeiten empfehlen, vgl. Abb. 4) Dabei wird insbesondere ein Eintrittsalter von 68 bis 70 Jahren vorgeschlagen. Seit 2012 und bis einschließlich 2029, wird das Renteneintrittsalter in Deutschland schrittweise von 65 auf 67 angehoben, Ausnahmeregelungen miteinbegriffen.

Abb. 4

Maßnahmen zur langfristigen Rentenfinanzierung I

Welche Maßnahmen würden Sie der Politik empfehlen, um die Gesetzliche Rentenversicherung langfristig zu finanzieren? (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2018.

© ifo Institut

Nach jahrelangen politischen Diskussionen und Gegenwind von den Gewerkschaften war die Erhöhung des Renteneintrittsalters 2010 beschlossen worden (vgl. Greive und Hollstein 2013).

Professor David Stadelmann von der Universität Bayreuth äußert sich zu der Idee eines späteren Renteneintritts wie folgt: »Altern heißt heute mehr gesunde Lebensjahre und ein höheres Produktionspotenzial. Das bietet Chancen, die durch mehr Altersarbeit zu ergreifen sind. Durch eine starke Senkung, z.B. Halbierung der

Einkommensteuer sollten Arbeitsanreize für jene geschaffen werden, die freiwillig über das gesetzliche Rentenalter hinaus weiterarbeiten. Durch Steuerensenkungen wird Altersarbeit attraktiver. Der Staat hätte einen doppelten Gewinn, da weiterhin Steuern bezahlt würden und der Renteneintritt erst später erfolgt. Ohne Zwang würde damit das Rentensystem stabiler.«

Mit 19% befindet sich die Empfehlung, die Finanzierung über die Zuwanderung zu sichern, auf dem zweiten Platz, gefolgt von der Idee eines geringeren Rentenniveaus (13%), höheren Steuerzuschüssen (13%) sowie höheren Rentenbeiträgen (11%). Die Befragten hatten zusätzlich die Möglichkeit, eigene Vorschläge zu machen. Dabei wurde insbesondere eine Flexibilisierung des Renteneintrittsalters abhängig von der Lebenserwartung vorgeschlagen. Aber auch eine Änderung des Systems nach skandinavischem Vorbild (steuerfinanzierte Grundrente und verpflichtende private Altersvorsorge) gehörte zu den genannten Empfehlungen. Zusätzlich spielt auch

das Thema Umverteilung und Gleichheit in den Vorschlägen der Ökonomen eine Rolle. So werden unter anderem die Umverteilung unter Rentnern, als auch Steuerreformen im Hinblick auf einen gerechteren Vermögensaufbau genannt.

Auch im Ökonomenpanel vom Juni 2016 empfahl schon eine deutliche Mehrheit der Teilnehmer ein späteres Renteneintrittsalter (ebenfalls zwischen 68 und 70 oder gekoppelt and die Lebenserwartung). Ebenso empfohlen wurden damals ein geringeres Rentenniveau sowie höhere Rentenbeiträge und höhere Steuerzuschüsse. Anstelle der Finanzierung über Zuwanderung, die damals auch nicht zur Auswahl stand, sprachen sich auch einige Ökonomen für die Aufnahme von Selbständigen und Beamten in die Gesetzliche Rentenversicherung aus, um die Rente nachhaltig finanzieren zu können (vgl. Dorn et al. 2016).

Der in Deutschland umstrittene flexible Renteneintritt ist in Skandinavien schon lange Standard. In Schweden liegt er zum Beispiel zwischen 61 und 67 Jahren, in Norwegen sogar in der Spanne zwischen 62 und 75 Jahren. Befürchtungen, dass viele den Berufsausstieg dadurch so früh wie möglich wählen, haben sich nicht bewahrheitet: Im Durchschnitt arbeiten Schweden zwei Jahre länger als Deutsche. Hohe Abschlagsraten in den ersten Jahren sorgen dafür, dass sich die meisten dafür entscheiden, deutlich länger als bis 61 zu arbeiten (vgl. Schwenn und Schäfers 2014).

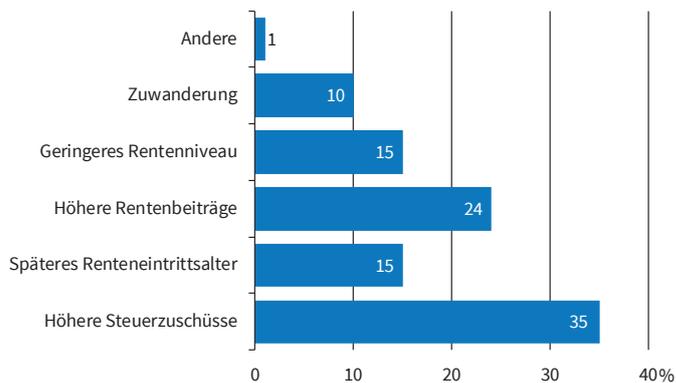
Einschätzen sollten die Ökonomen auch, welche Maßnahmen die Politik ihrer Meinung nach tatsächlich wählen wird, um die Gesetzliche Rentenversicherung langfristig zu finanzieren. Auch hierbei waren wieder Mehrfachnennungen möglich. Es zeigt sich ein deutlich anderes Bild als bei der vorherigen normativen Frage (vgl. Abb. 5). Die Mehrheit der Teilnehmer geht davon aus, dass die Politik zukünftig auf höhere Steuerzuschüsse setzen wird. Dazu kommen Maßnahmen wie höhere Rentenbeiträge und ein geringeres Rentenniveau als Mittel für eine langfristige Finanzierung der

Gesetzlichen Rentenversicherung. Die Maßnahmen, die von den Ökonomen eigentlich empfohlen werden – nämlich ein späteres Renteneintrittsalter sowie eine verstärkte Zuwanderung – landen dagegen nur auf den hinteren Plätzen. Die Einschätzung der Ökonomen ist nicht überraschend, wenn den Stimmen aus der Politik Beachtung geschenkt wird: Mit der Idee der »Demographiereserve Rente« wird deutlich auf zukünftig höhere Steuerzuschüsse gesetzt (ohne, dass dabei schon konkrete Finanzierungsquellen gefunden sind oder zumindest diskutiert werden), einen späteren Renteneintritt schließt Bundesfinanzminister Scholz selbst kategorisch aus, Beitragszahlungen über den im Moment aktuellen ca. 19% des Einkommens kommen für Union und SPD nicht in Frage, und die Migrationsfrage bleibt nach wie vor umstritten (vgl. Funk 2018).

Professor Robert Fenge von der Universität Rostock, der sich insbesondere mit dem demographischen Wandel beschäftigt, kritisiert die Rentenpolitik der Bundesregierung deutlich: »Die gegenwärtige Rentenpolitik läuft grundsätzlich in die falsche Richtung: Keine Partei bereitet die Leute auf ein höheres Renteneintrittsalter vor. Rentengeschenke werden wahllos an die jetzigen Rentner verteilt, denen es verhältnismäßig gut geht. Dafür werden die jüngeren Generationen immer stärker belastet, die aufgrund der demographischen Entwicklung Mühe genug haben, ihr eigenes Renteneinkommen in angemessener Höhe aufrechtzuerhalten.«

Auch Professor Andreas Peichl vom ifo Institut wünscht sich eine andere Rentenpolitik: »Die GroKo macht Politik für die Alten und vergisst die Jungen. Eine zukunftsorientierte Politik sähe anders aus und würde sich am skandinavischen System orientieren mit steuerfinanzierter Grundrente und verpflichtender privater Altersvorsorge (im aktuellen System sollte die Rentenhöhe für Kinderlose deutlich niedriger sein, da die Anzahl der Kinder das entscheidende Kriterium für die Tragfähigkeit ist)«.

Abb. 5
Maßnahmen zur langfristigen Rentenfinanzierung II
 Welche Maßnahmen wird die Politik Ihrer Meinung nach in Zukunft wählen, um die Gesetzliche Rentenversicherung langfristig zu finanzieren? (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2018.

© ifo Institut

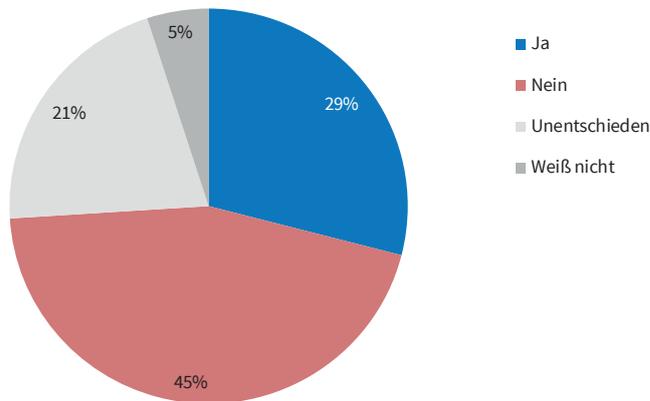
DAS SYSTEM DER TEILHABEÄQUIVALENZ

Die Gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland basiert ursprünglich auf der sogenannten Teilhabeäquivalenz: Diejenigen, die verhältnismäßig viel Beiträge eingezahlt haben, sollten auch verhältnismäßig viel Rente erhalten (sog. Bismarcksches Rentenversicherungssystem). Zusätzlich spielte die Dauer der versicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit eine wichtige Rolle. Das Gegenteil dazu wäre eine pauschale Grund-

Abb. 6

Teilhabeäquivalenz im deutschen Rentensystem

Befürworten Sie die gegenwärtige Entwicklung zu geringerer Teilhabeäquivalenz?



Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2018.

© ifo Institut

rente, bei der alle Versicherten Anrecht auf einen einheitlichen Betrag haben, unabhängig von der jeweiligen Einzahlungshöhe – dies gibt es in Deutschland allerdings nicht. Jedoch ist gegenwärtig durch Instrumente wie die Grundsicherung oder die Einführung von Entgeltpunkten auch für viele Nicht-Erwerbszeiten ein beträchtlicher Teil der heutigen Ausgaben nicht mehr teilhabeäquivalent, so dass sich eine Entwicklung zu einer geringeren Teilhabeäquivalenz beobachten lässt. Das Solidarprinzip rechtfertigt zwar grundsätzlich die Durchbrechung der Teilhabeäquivalenz, in welchem Ausmaß jedoch bleibt eine Frage der Interpretation (vgl. Bäcker und Kistler 2016). Eine Mehrheit von 45% der Teilnehmer lehnt diese gegenwärtig zu beobachtende Tendenz weg von der Teilhabeäquivalenz ab (vgl. Abb. 6). Als Gründe werden dabei häufig die damit verbundene Anreizverzerrung bzw. die drohende Aushöhlung des bestehenden Systems genannt. Zudem dürfte, nach Ansicht der Befragten, die Bevölkerung durch entsprechende Maßnahmen den Rentenbeitrag immer mehr als eine Steuer wahrnehmen, wodurch die Akzeptanz für entsprechende Beitragszahlen sinken dürfte. Einige der genannten Gründe lassen allerdings auch darauf schließen, dass die Befragten durchaus Handlungsbedarf für mehr Absicherung im Rentenalter sehen, jedoch sollte dies zusätzlich zur Rente geschehen und nicht durch Veränderungen des Rentenmodells. 29% der Teilnehmer befürworten dagegen die entsprechende Entwicklung, da es ihrer Meinung nach dazu beiträgt, eine drohende Altersarmut durch Implementierung einer Grundsicherung zu vermeiden.

Zudem sollte nach Ansicht der Teilnehmer, die bei dieser Frage mit »Ja« geantwortet haben, ein Rentensystem durchaus zu einer Verringerung der sozialen Ungleichheit beitragen und daher nicht nur auf der Teilhabeäquivalenz beruhen. 21% der Befragten waren bei dieser Frage unentschieden.

ALTERSARMUT UND BETRIEBLICHE SOWIE PRIVATE ALTERSVORSORGE

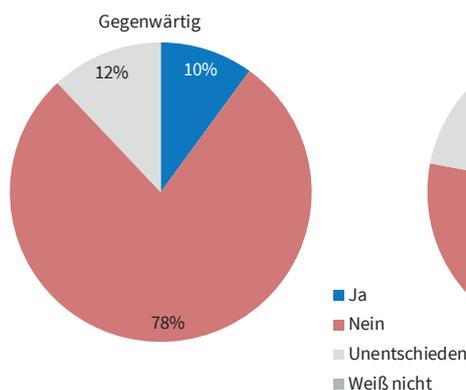
Die Thematik der drohenden Altersarmut wird gegenwärtig häufig in den Medien diskutiert.

Eine deutliche Mehrheit von 78% der Teilnehmer des Ökonomenpanels glaubt allerdings nicht, dass Altersarmut in der Gegenwart ein gesellschaftlich großes Problem ist, das auch weite Teile der älteren Bevölkerung betrifft. Lediglich 10% halten dieses Thema für relevant, während 12% unentschieden sind. Im Hinblick auf die Frage, wie dies zukünftig aussehen wird, verändert sich das Meinungsbild der Ökonomen allerdings. Eine Mehrheit von 46% der Teilnehmer schreibt der Thematik Altersarmut in der Zukunft durchaus einen hohen Stellenwert zu. 32% der Teilnehmer meinen aber weiterhin, dass die Altersarmut auch zukünftig kein gesellschaftlich großes Problem sein wird, während 20% unentschieden sind (vgl. Abb. 7). Das Thema Altersarmut ist durchaus mit Auslegungsschwierigkeiten verbunden; das zeigt nicht nur das vermeintlich überraschende Ergebnis der Ökonomenbefragung, die nicht unbedingt das öffentlich wahrgenommene Stimmungsbild wiedergibt. Im Kontrast dazu gaben demnach laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zwei von drei Bür-

Abb. 7

Altersarmut

Meinen Sie, dass Altersarmut gegenwärtig/in Zukunft ein gesellschaftlich großes Problem darstellt, das weite Teile der älteren Bevölkerung betrifft/betreffen wird?



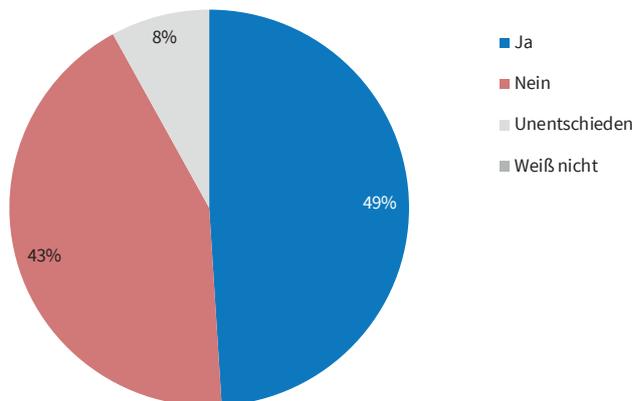
Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2018.

© ifo Institut

Abb. 8

Maßnahmen zur privaten oder betrieblichen Altersvorsorge

Meinen Sie, dass eine zusätzliche private oder betriebliche Altersvorsorge für jeden zur Pflicht werden sollte?



Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2018.

© ifo Institut

gern an, dass sie befürchten, im Ruhestand vor Altersarmut nicht sicher zu sein. Ende 2016 bekamen zum Beispiel 8,6 Mio. Rentner in Deutschland (entspricht 48% aller Rentner) weniger als 800 Euro monatlich gesetzliche Rente (vgl. Richter 2018). Obwohl dies unter der Grundsicherungsschwelle von 814 Euro liegt, bleibt es dennoch schwierig zu ermessen, inwiefern noch weiteres Einkommen zur Verfügung steht, etwa durch weitere Haushaltsmitglieder, private Altersvorsorge oder auch Einnahmen durch Immobilien und andere Vermögenswerte. Auch wird der Durchschnitt stark durch Kleinstrenten verzerrt. Insbesondere spätere Beamte und Selbständige, aber auch viele Mütter und Hausfrauen haben nur kurz in die gesetzlichen Rentenkassen eingezahlt, sind aber durchaus im Alter abgesichert. Das durchschnittliche Nettogesamteinkommen von Ehepaaren aus Alterssicherungsleistungen und zusätzlichen Einkommen lag somit im Jahr 2016 bei 2 543 Euro monatlich (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2016).

In diesem Zusammenhang wurden die Ökonomen auch dazu befragt, ob aus ihrer Sicht eine zusätzliche private oder betriebliche Altersvorsorge für jedermann zur Pflicht werden sollte. Auch hierbei ergibt sich ein verhältnismäßig gemischtes Meinungsbild (vgl. Abb. 8). Während 49% der Teilnehmer eine solche Pflicht befürworten würden, lehnen 43% der Teilnehmer diese ab. 8% sind unentschieden. Im Ökonomenpanel vom Juni 2016 standen sich die Befürworter und Ablehner noch mit jeweils 42% gegenüber, 16% äußerten sich damals nicht eindeutig (vgl. Dorn et al. 2016). Professor Andreas Knabe von der Universität Magdeburg befürwortet die betriebliche und private Altersvorsorge: »Wichtiger als das Leistungsniveau der Gesetzlichen Rentenversicherung allein ist das Gesamtversorgungsniveau, das auch die betriebliche und private Altersvorsorge einschließt. Es sollte noch mehr getan werden, um die private Vorsorge zu stärken. Hierzu muss die Riester-Rente reformiert werden, indem mit einem einfachen, transparenten

und kostengünstigen Standardprodukt eine attraktivere Vorsorgemöglichkeit angeboten wird. Außerdem wäre es sinnvoll, alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten automatisch auch in die zusätzliche, kapitalgedeckte Altersvorsorge einzubeziehen, ihnen aber auf Wunsch die Möglichkeit des Austritts zu geben (Opt-Out). Mit dem Modell der Deutschlandrente liegt ein solcher Reformvorschlag vor.«

Ebenso positiv hatte sich auch schon der Präsident des ifo Instituts, Clemens Fuest, 2016 für eine obligatorische

zusätzliche Einführung von privater oder betrieblicher Altersvorsorge für jeden Bürger ausgesprochen (vgl. Dorn et al. 2016; Fuest 2016).

Auch wenn in dem 20. Ökonomenpanel keine gezielte Frage zur Nachhaltigkeit des deutschen Rentensystems gestellt wurde (im Juli 2016 antwortete nur 1% der Teilnehmer auf die Aussage »Das gegenwärtige Gesetzliche Rentensystem ist nachhaltig aufgestellt, um auch langfristig eine zum Leben angemessene Rente zu garantieren« mit »stimme voll und ganz zu«; 10% antworteten mit »stimme eher zu«, 22% mit »teils-teils«, 39% mit »stimme eher nicht zu« und 28% mit »stimme überhaupt nicht zu«), so hat sich das Stimmungsbild scheinbar kaum geändert. Weiterhin besteht eine große Diskrepanz zwischen dem, was die Politik im Hinblick auf die Alterssicherung umsetzt und für die Zukunft plant, und dem, was die Teilnehmer am Ökonomenpanel empfehlen.

LITERATUR

Bäcker, G. und E. Kistler (2016), »Teilhabeäquivalenz«, Bundeszentrale für politische Bildung, verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/rentenpolitik/223007/teilhabeaequivalenz>, aufgerufen am 6. November 2018.

Böcking, D. (2018), »Was hilft gegen Trump? Olaf Scholz hat eine Idee«, *Spiegel Online*, 6. Juli, verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/olaf-scholz-empfehl-stabile-renten-gegen-trump-politik-a-1217096.html>, aufgerufen am 6. November 2018.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2016), »Rentenversicherungs- und Alterssicherungsbericht 2016«, Pressemitteilung, 30. November, verfügbar unter: <https://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2016/rentenversicherungsbericht-2016.html>, aufgerufen am 13. November 2018.

Deutsche Rentenversicherung (2017), »Wie hat sich das Rentenniveau seit 2000 entwickelt?«, verfügbar unter: https://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/Allgemeines/FAQ/Rente/_%20rentenniveau/rentenniveau.html, aufgerufen am 6. November 2018.

Dorn, F., B. Kauf, M. Krause und N. Potrafke (2016), »Altersvorsorge und Gesetzliche Rentenversicherung – nachhaltig aufgestellt?«, *ifo Schnelldienst* 69(17), 44–48.

Forudastan, F. (2018), »Ein Bärendienst für die SPD«, *Süddeutsche Zeitung*, 21. August, verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/rentenplaene-von-olaf-scholz-ein-baerendienst-fuer-die-spd-1.4097666>, aufgerufen am 6. November 2018.

Fuest, C. (2016), »Wir brauchen eine Pflicht zur Altersvorsorge«, Interview von B. Marschall, *Rheinische Post Online*, 14. Mai, verfügbar unter: https://rp-online.de/wirtschaft/ifo-chef-clemens-fuest-wir-brauchen-eine-pflicht-zur-altersvorsorge_aid-19694537, aufgerufen am 6. November 2018.

Funk, A. (2018), »Wie Olaf Scholz seine Rentengarantie finanzieren will«, *Der Tagesspiegel*, 27. August, verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/spd-plaene-zur-rente-wie-olaf-scholz-seine-rentengarantie-finanzieren-will/22955300.html>, aufgerufen am 6. November 2018.

Gammelin, C. (2018), »Schatzmeisters Schachzug«, *Süddeutsche Zeitung*, 13. Juli, verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/renten-niveau-schatzmeisters-schachzug-1.4053450>, aufgerufen am 6. November 2018.

Greive, M und M. Hollstein (2013), »In Rente gehen mit 65 – das ist jetzt vorbei«, *Die Welt*, 6. August, verfügbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article118748672/In-Rente-gehen-mit-65-das-ist-jetzt-vorbei.html>, aufgerufen am 6. November 2018.

Paqué, K-H. (2018), »Olaf Scholz revolutioniert die Rente – aber nicht zum Besseren«, *Handelsblatt*, 24. August, verfügbar unter: <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastbeitrag-olaf-scholz-revolutioniert-die-rente-aber-nicht-zum-besseren/22949354.html?ticket=ST-3661783-7SjmYph6EuEflcqYkwka-ap2>, aufgerufen am 6. November 2018.

Richter, S. (2018), »Fast jede zweite Altersrente liegt unter 800 Euro«, *Zeit Online*, 12. Juli, verfügbar unter: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-07/altersarmut-deutschland-rente-die-linke>, aufgerufen am 13. November 2018.

Schwenn, K. und M. Schäfers (2014), »Die Rente mit 60 – oder auch erst mit 70«, *Frankfurter Allgemeine*, 12. Mai, verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/vorbild-skandinavien-die-rente-mit-60-oder-auch-erst-mit-70-12934052.html>, aufgerufen am 6. November 2018.